

Positionen der FDP/DVP-Landtagsfraktion zur Flüchtlingserstaufnahme

Die Flüchtlingsströme nach Europa wuchsen über die Sommermonate signifikant an. Eine Veränderung der Zugangszahlen ist nicht in Sicht, genauso wenig wie eine Vereinbarung auf europäischer Ebene, die für ein Absinken der Flüchtlingszahlen im Land sorgen könnte. Deshalb wird in Baden-Württemberg mit einem Zugang von über 100 000 Flüchtlingen im Gesamtjahr gerechnet. Dies wären fünf Mal so viele Flüchtlinge im Vergleich zum Vorjahr.

Die Erstaufnahme im Land effektiver gestalten

- Die Plätze in den **Erstaufnahmeeinrichtungen** müssen weiter ausgebaut werden. Nur so kann das Land den zu erwartenden Zugängen gerecht werden und ermöglichen, dass Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten bis zur Verfahrensbeendigung nach maximal drei Monaten komplett in der Erstaufnahme verbleiben. Die Landkreise sollen in die Aufnahme dieser Personen, deren Asylantrag keine Aussicht auf Erfolg hat, nicht einbezogen werden. Die Landesregierung muss auf diesem Weg das Vertrauen der Landkreise zurückgewinnen, das durch die eilige Akquise von Erstaufnahmeplätzen verspielt wurde, weil Zusagen zur Maximalbelegung gebrochen wurden.
- Daneben muss das Land seinen Beitrag leisten, um die **Zugangszahlen** in den Griff zu bekommen. Dazu zählen wir neben der dringend erforderlichen Zustimmung im Bundesrat zur Erweiterung der sicheren Herkunftsländer, die nicht für einen ideologischen Kuhhandel der Grünen mit den Gesundheitsleistungen für Flüchtlinge verknüpft werden darf.
- Wichtig ist nun auch, die **Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge** minimieren, die immer noch in großer Zahl vom Westbalkan zu uns kommen. Dazu muss das Land endlich beim Taschengeld für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten auf Sachleistungen umstellen.
- Daneben muss sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Beschleunigung der Asylentscheidungen einsetzen. Bei der Suche nach den dringend benötigten **Entscheidern beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** müssen auch naheliegende Alternativen aufgegriffen werden. Denn von den zugesagten 200 Entscheidern sind bisher nur 22 im Land angekommen. Um den Antragsstau zu bewältigen muss auch Personal vom Zoll für diese Aufgabe geschult werden, das derzeit die Einhaltung der Mindestlohnvorgaben in Unternehmen überprüfen. Wir sind der Auffassung, dass die Herausforderungen der Flüchtlingsaufnahme dringlicher sind als die flächendeckende Kontrolle von Arbeitszeit-Dokumentationsformularen.
- Es muss landesweit sichergestellt werden, dass die erkennungsdienstlichen Aufgaben und die ärztliche Untersuchung sowie die Verfahrensaufnahme bereits bei der Erstaufnahme in den LEA- und BEA- Standorten erfolgen. Hierzu muss auch hinreichend medizinisches Personal und Technik zur Verfügung stehen.